

An Herrn  
Landrat Reumann  
Landratsamt

72711 Reutlingen

Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan 2010

**Sehr geehrter Herr Reumann,**

Der Personalrat bedankt sich für die Übersendung des Stellenplanes 2010 und gibt dazu folgende Stellungnahme ab:

Wie dem Stellenplan zu entnehmen ist, schlägt die Verwaltung vor, im Stellenplan 2010 netto 5,3 Stellen neu zu schaffen. Nach Aussage des Hauptamtes entspricht dies dem Bedarf, der von den Fachämtern beantragt wurde. Dies bedeutet, dass keine „Vorabkürzung“ durch die Verwaltungsspitze stattgefunden hat, was den Schluss zulässt, dass dieser Stellenneubedarf stichhaltig begründet wurde und dringend notwendig ist.

Aufgrund von Nachwirkungen des Verwaltungs-Struktur-Reformgesetzes sowie des VRG-Weiterentwicklungsgesetzes fallen zukünftig 6 Stellen beim Landratsamt Reutlingen weg, welche bei 5,0 Stellen mit einer tatsächlichen Aufgabenverringerung einhergehen. Bei den übrigen 2 halben Stellen erfolgte eine Aufgabenverlagerung auf andere Kolleginnen und Kollegen (Kreisforstamt und Kreissozialamt), obwohl auch bei diesen schon eine sehr hohe Arbeitsauslastung vorhanden ist. Somit wird die Zahl der vorgesehenen neuen Stellen bezogen auf das vorhandene Arbeitsvolumen beim Landratsamt rechnerisch um eine Stelle reduziert.

Der Personalrat begrüßt sehr den Vorschlag der Verwaltung, 5,3 neue Stellen schaffen zu wollen und unterstützt diesen Antrag ganz ausdrücklich. Es bleibt hierbei jedoch festzustellen, dass die Begründung für die Stellenneuschaffungen – stellvertretend sei das Beispiel des Gebäudemanagements genannt – die schon seit langer Zeit immer wieder übermittelte Einschätzung des Personalrats bestätigt, dass in mehreren Bereichen des Landratsamtes eine zum Teil erhebliche personelle Unterbesetzung vorliegt. Diese personelle Unterbesetzung ist teilweise schon seit längerer Zeit vorhanden, teilweise entsteht diese jedoch ständig und schleichend neu durch eine immer größere Gesetzesflut sowie laufend zunehmende Dokumentationspflichten in den verschiedensten Bereichen. Somit kommen diese „versteckten“ Aufgaben zusätzlich zum unbestreitbaren eigentlichen Aufgabenzuwachs, z. B. im sozialen Bereich, hinzu.

Entsprechend den genannten Faktoren der vielfältigen versteckten und offenen Anlässe dieser Arbeitsverdichtung treten auch die Symptome und Folgen dieser diversen Überlastungen zunehmend sehr deutlich zutage. Hier sind nicht nur die Indikatoren wie verfallene Überstunden zu nennen, sondern auch eine deutliche Individuen- und Identifikationsreduzierung z.B. bei betrieblichen Veranstaltungen, aber auch eine zunehmend hektische Stimmungslage, und anderes mehr.

Bedauerlich in diesem Zusammenhang ist auch, dass die vom Kreistag für den Haushalt 2009 zwar mit Sperrvermerken versehenen, aber genehmigten Stellen im sozialen Bereich durch die lange Bearbeitungszeit der Personalbemessungsuntersuchungen erst zu Ende des Jahres 2009 oder gar zu Beginn des kommenden Jahres besetzt werden können. Der Personalrat ist davon überzeugt, dass der Kreistag schon früher zur Aufhebung der Sperrvermerke bereit gewesen wäre, wenn die Ergebnisse zeitiger vorgelegt worden wären.

Dieser schleichenden Arbeitsverdichtung kann auf längere Sicht nur begegnet werden, wenn auch zukünftig noch Stellenneuschaffungen möglich sind, da andernfalls die Kolleginnen und Kollegen immer wieder an eine Belastungsgrenze kommen, die nicht mehr ohne Schäden – sei es für das Vermögen des Landratsamtes oder die Gesundheit der Bediensteten selbst – überschritten werden kann. Der Personalrat hält es in diesem Zusammenhang und für die Personalbemessung für erforderlich, beim Landratsamt EDV-gestützte, differenzierte Auswertungen durchzuführen, die u.a. die geleisteten und ausbezahlten, aber auch die verfallenen Überstunden darstellen. Die bisher durchgeführte Erfassung des Krankenstandes im Landratsamt allein ist nicht aussagekräftig genug. Der Personalrat ist überzeugt davon, dass entsprechend unterstützende EDV-Software käuflich erworben werden kann, so dass derartige Auswertungen von der Personalverwaltung des Hauses mit vertretbarem Aufwand bewältigt werden können.

Andererseits könnte dieser Arbeitsverdichtung aber auch mit einer schon lange fälligen Aufgabenkritik im eigenen Hause begegnet werden. Von der Landesregierung ist diese nicht zu erwarten, dies hat sich seit dem Jahr 2005 in aller Deutlichkeit gezeigt. Wenn also nicht eine stetige Stellenmehrung, und in der Folge davon eventuell auch eine Erhöhung der Kreisumlage notwendig werden soll, ist diese interne und systematische Aufgabenkritik unverzichtbar.

Der Personalrat bittet den Kreistag, aufgrund der geschilderten Situation dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und die beantragten Stellenneuschaffungen für den Haushaltsplan 2010 zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen



K. Heck